

**TOP 2: Tagesordnung der 1001. Sitzung des Bundesrates
am 5. März 2021**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 1001. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 5. März 2021¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 2/2021 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. Gesetz zur Einführung und Verwendung einer Identifikationsnummer in der öffentlichen Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze (**Registermodernisierungsgesetz - RegMoG**)

gemäß Artikel 84 Absatz 1
Satz 5 und 6,
Artikel 87 Absatz 3,
Artikel 91c Absatz 5,
Artikel 108 Absatz 5 GG
Drucksache 121/21

Keine Zustimmung zum Gesetz.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 121/1/21.

7. Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität (**Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz - GEIG**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 128/21
zu Drucksache 128/21
Drucksache 128/1/21

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lang nicht vor. Keine Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffer 2 der Empfehlungsdruksache 128/1/21.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

8. Entwurf eines Gesetzes zur **Einführung** einer besonderen **Verfahrensgebühr für Vielkläger im sozialgerichtlichen Verfahren**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Hessen
Drucksache 495/20
Drucksache 495/1/20

Keine Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 1 (Neufassung) der Empfehlungsdrucksache 495/1/21.
Keine Zustimmung unverändert sowie in der Schlussabstimmung.

9. a) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des **Fleischgesetzes** und des **Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Baden-Württemberg
Drucksache 98/21
Drucksache 98/1/21

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

9. b) Entschließung des Bundesrates - Mehr Tierwohl im Fleischsektor - **Prüf- und Zulassungsverfahren** für serienmäßig hergestellte **Betäubungsanlagen und -geräte**

Antrag des Landes Baden-Württemberg
Drucksache 99/21
Drucksache 99/1/21

Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Empfehlungsdrucksache 99/1/21.

10. Entschließung des Bundesrates: Konzeption einer Finanzierungsstrategie inkl. einer **Tierwohl-Abgabe als Teil der Nutztierstrategie des Bundes** zum Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung

Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 105/21

Keine Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

12. Entschließung des Bundesrates: Die Wirtschaft der Zukunft fördern - **steuerliche Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern**

Antrag des Landes Baden-Württemberg
Drucksache 101/21

Drucksache 101/1/21

Keine Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 101/1/21, zum Fassen unverändert sowie zum Plenarantrag (Neufassung) in Drucksache 101/2/21 und in der Schlussabstimmung.

13. Entschließung des Bundesrates: Verlängerung des Zeitraumes zur Umsetzung von Maßnahmen zum **Masernschutz in Gemeinschaftseinrichtungen**

Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 92/21

Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

14. a) Entschließung des Bundesrates zur **Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)** - Menschen wirksamer vor Diskriminierungen schützen

Antrag des Landes Berlin
Drucksache 713/20
Drucksache 713/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

14. b) Entschließung des Bundesrates - Den Diskriminierungsschutz europaweit unterstützen - **Verabschiedung der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie**

Antrag des Landes Berlin
Drucksache 714/20
Drucksache 714/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

15. Entschließung des Bundesrates zum Brennstoffemissionshandelsgesetz - **Ausnahmen der CO₂-Bepreisung für Industrie und Unternehmen** anwendungsfreundlich gestalten

Antrag des Landes Baden-Württemberg
Drucksache 100/21
Drucksache 100/1/21

Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gemäß Ziffern 1 bis 4 der Empfehlungsdrucksache 100/1/21.

Hilfsweise Zustimmung unverändert.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

17. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Tierschutzgesetzes - Schutz von Versuchstieren**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 47/21
Drucksache 47/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 47/1/21 ohne die Ziffern 2, 4, 8, 11, 13, 14 und 16.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 47/2/21.

18. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Tierschutzgesetzes - Verbot des Kükentötens**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 48/21
Drucksache 48/1/21

Stellungnahme gemäß Drucksache 48/1/21.

19. Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen** in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 49/21
Drucksache 49/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 49/1/21 ohne die Ziffern 1 – 3, 6 – 8, 10 und 11.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 12.

20. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung der Kapitalertragsteuer (**Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz - AbzStEntModG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 50/21
Drucksache 50/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 50/1/21 ohne die Ziffern 20, 23 und 27.
Keine Zustimmung zu den Plenaranträgen in den Drucksachen 50/2/21 und 50/3/21.

21. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Fondsstandorts Deutschland und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1160 zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2011/61/EU im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Vertrieb von Organismen für gemeinsame Anlagen (**Fondsstandortgesetz** - FoStoG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 51/21
Drucksache 51/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 51/1/21 ohne die Ziffern 4, 5, 7, 8, 10, 11 und 18.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 51/2/21.

22. Entwurf eines Gesetzes zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege (**Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz** - DVPMG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 52/21
Drucksache 52/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 52/1/21.

24. Entwurf eines Gesetzes zur **Neuregelung des Berufsrechts der anwaltlichen und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften** sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 55/21
Drucksache 55/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 55/1/21 ohne Ziffer 12.

25. Entwurf eines Gesetzes zur **Stärkung des Verbraucherschutzes** im Wettbewerbs- und Gewerberecht

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 56/21
Drucksache 56/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 56/1/21 ohne die Ziffern 3, 9, 10, 12, 14 und 15 a, c.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 16.

26. Entwurf eines Gesetzes zur **Fortentwicklung der Strafprozessordnung** und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 57/21
Drucksache 57/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 57/1/21 ohne die Ziffern 3, 5 – 7, 9, 11 und 13.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 21.

27. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung **verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 58/21
Drucksache 58/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 58/1/21 ohne die Ziffern 4, 5, 7, 8 und 15.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 25.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 58/2/21.

28. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (**Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz - MoPeG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 59/21
Drucksache 59/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 59/1/21.

29. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der **Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 60/21
Drucksache 60/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 60/1/21 ohne die Ziffern 13 und 19 a, c.

30. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren **Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union** und zur Aufhebung der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 auf das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 61/21
Drucksache 61/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 61/1/21 ohne die Ziffern 6, 18, 19 und 21 a, c.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 22.

31. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von Gerichtsvollziehern vor Gewalt sowie zur Änderung weiterer zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (**Gerichtsvollziehergesetz - GvSchuG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 62/21
Drucksache 62/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 62/1/21 ohne Ziffer 2.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 5.

32. Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des **Atomgesetzes** (Siebzehntes AtG-ÄnderungsG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 63/21
Drucksache 63/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 63/1/21 ohne die Ziffern 2 und 3.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 7.

33. Entwurf eines Gesetzes zur **Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie** im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 64/21
Drucksache 64/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 64/1/21 ohne die Ziffern 3 – 8, 11, 13, 20, 30 – 33, 35 und 37.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 39.

35. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1161 vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die **Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge** sowie zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 66/21
Drucksache 66/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 66/1/21.

38. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Bundesfernstraßengesetzes** und des **Gesetzes über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 69/21
Drucksache 69/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 69/1/21 ohne Ziffer 6.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 9.

39. Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des **Eisenbahnregulierungsrechts**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 70/21
Drucksache 70/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 70/1/21.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 13.

40. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von **Vorschriften im Eisenbahnbereich**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 71/21
Drucksache 71/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 71/1/21 ohne die Ziffern 1, 3, 6 und 7.
Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 9.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 71/2/21.

42. Entwurf des **Deutschen Aufbau- und Resilienzplans (DARP)**

Drucksache 106/21
Drucksache 106/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 106/1/21 ohne die Ziffern 12 und 15.
Hilfsweise Zustimmung zur Kenntnisnahme gemäß Ziffer 41.

43. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur
Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit
COM(2020) 854 final

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 39/21
zu Drucksache 39/21
Drucksache 39/1/21

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 39/1/21.

46. Verordnung über den Betrieb des Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche
Aufträge und Konzessionen (**Wettbewerbsregisterverordnung** - WRegV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 74/21
Drucksache 74/1/21

Keine Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der
Empfehlungsdrucksache 74/1/21.

Zustimmung zur Verordnung unverändert gemäß Ziffer 2.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffern 3 und 4.

48. Gesetz zur Regelung einer Einmalzahlung der Grundsicherungssysteme an erwachsene
Leistungsberechtigte und zur Verlängerung des erleichterten Zugangs zu sozialer
Sicherung und zur Änderung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes aus Anlass der
COVID-19-Pandemie (**Sozialschutz-Paket III**)

gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG
Drucksache 187/21
Drucksache 187/1/21

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 187/1/21.

Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffer 2.

49. Drittes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der
Corona-Krise (**Drittes Corona-Steuerhilfegesetz**)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 188/21

Drucksache 188/1/21

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 188/1/21.
Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffern 2 und 3.

50. Gesetz zur Verlängerung der **Geltungsdauer des Planungssicherungsgesetzes** und der Geltungsdauer dienstrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 72 Absatz 3 Satz 2, Artikel 84 Absatz 1 Satz 3, 5 und 6, Artikel 87c, Artikel 87d Absatz 2, Artikel 87e Absatz 5 Satz 1, Artikel 87f Absatz 1 GG
Drucksache 189/21

Zustimmung zum Gesetz.

52. Entschließung des Bundesrates zum weiteren **Ausbau von Photovoltaik** und der Mehrfachnutzung von Flächen (Solarcarports)

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 194/21

Ausschusszuweisung.

Umdruck 2/2021 („Grüne Liste“)

Betr.: 1001. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 5. März 2021, 9.30 Uhr

Zu den Punkten 2 bis 6, 11, 16, 23, 34, 36, 37, 41, 44, 45, 47 und 51 der Tagesordnung der 1001. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 5. März 2021, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

2. Gesetz zur Erprobung weiterer elektronischer Verfahren zur **Erfüllung der besonderen Meldepflicht in Beherbergungsstätten**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 122/21
Ausschussbeteiligung

- In -

3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Änderung von **Familiennamen und Vornamen**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 123/21
Ausschussbeteiligung

- In -

4. Gesetz zur Verbesserung der **strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 125/21
Ausschussbeteiligung

- R -

5. ... Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/713 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur **Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln** und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/413/JI des Rates

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 126/21
Ausschussbeteiligung

- R -

6. Gesetz zur Verbesserung der Strafverfolgung hinsichtlich des **Handels mit inkriminierten Gütern unter Nutzung von Postdienstleistern** sowie zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 127/21
Ausschussbeteiligung

- Wi -

II.

Die EntschlieÙung zu fassen:

11. EntschlieÙung des Bundesrates: **Verbraucherschutz in internationalen Beförderungsverträgen verbessern** - Schutzniveau des Heimatstaates gewährleisten

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 772/20
Ausschussbeteiligung

- EU - R - Wi -

III.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

16. a) Entwurf eines Gesetzes zur **Koordinierung der sozialen Sicherheit** mit dem **Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland** (SozSichUKG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 102/21
Ausschussbeteiligung

- A/S -

- b) Entwurf eines Gesetzes zu der Notifikation betreffend die Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß dem **Protokoll über die Koordinierung der sozialen Sicherheit** zum Handels- und Kooperationsabkommen vom 30. Dezember 2020 **zwischen der Europäischen Union** und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits **und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland** andererseits

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 103/21
Ausschussbeteiligung

- A/S -

23. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Filmförderungsgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 53/21
Ausschussbeteiligung

- K - Wi -

34. Entwurf eines Gesetzes über die **Entschädigung der Soldatinnen und Soldaten** und zur **Neuordnung des Soldatenversorgungsrechts**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 65/21
Ausschussbeteiligung

- V - A/S - Fz -
- G - In -

36. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des **Seelotsgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 67/21
Ausschussbeteiligung

- Vk - A/S - In -
- K - Wi -

37. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der **Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG

Drucksache 68/21

Ausschussbeteiligung

- Vk - Fz - R -

- Wi -

41. Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020 zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (**Maastricht Vereinbarung**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG

Drucksache 72/21

Ausschussbeteiligung

- Vk -

IV.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdruksache wiedergegeben sind:

44. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über **Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau** in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148
COM(2020) 823 final

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV

und §§ 3 und 5 EUZBLG

Drucksache 45/21

zu Drucksache 45/21

Drucksache 45/1/21²

Ausschussbeteiligung

- EU - In - K -

- R - Wi -

² K empfiehlt Kenntnisnahme.

45. Verordnung zur Änderung der 1. **Fleischgesetz-Durchführungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 73/21

Drucksache 73/1/21

Ausschussbeteiligung

- AV -

V.

Entsprechend dem Vorschlag zu beschließen:

47. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (**Arbeitsgruppe der Kommission "Health Claims"** und **Arbeitsgruppe der Kommission "Nahrungsergänzungsmittel und Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen"** sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln")

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung

Drucksache 87/21

Drucksache 87/1/21

Ausschussbeteiligung

- EU - AV -

VI.

Zu dem Verfahren, das in der zitierten Drucksache bezeichnet ist, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

51. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

Drucksache 183/21

Ausschussbeteiligung

- R -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 1001. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1001/download/1001-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.